

# 2 Meinungen

## Leserbriefe

### Dieter Behrings Wahlkampfspende

**Zu «Behring wird der Prozess gemacht», SN vom 31. 5.**

Die Bundesanwaltschaft hat nach einem langen Verfahren beim Bundesstrafgericht in Bellinzona Anklage gegen Dieter Behring erhoben. Dem Financier werden gewerbmässiger Betrug sowie qualifizierte Geldwäscherei vorgeworfen. Dieter Behring hat im Jahre 2006 den Ständeratswahlkampf der SP-Politikerin Anita Fetz mit einer Spende von mindestens 30 000 Franken unterstützt. Als dann der Skandal zu eskalieren drohte, nahm sich Anita Fetz mit folgendem Versprechen aus der Schusslinie:

«Im Gegensatz zur Spende von Peter Ammann, die ich für die Anwaltskosten der Pro-Facile-Affäre verwendet habe, ist der Betrag in Höhe der Behring-Spende immer noch deponiert. Vorgesehen ist, dass ich ihn einer gemeinnützigen Organisation zukommen lasse, falls Herr Behring verurteilt wird.»

Das Urteil des Bundesstrafgerichtes steht noch aus. Die SP-Ständerätin Anita Fetz wird sich aber nach über zehn Jahren ernsthaft überlegen müssen, welcher gemeinnützigen Organisation sie die Behring-Spende überweisen will!

**Werner Geel**  
Schaffhausen

### Von wegen nicht rentable Bereiche unterstützen

**Zu «Service-public-Debatte geht weiter», SN vom 8. 6.**

Das «Killerargument» zum Versenken der «Pro-Service-public»-Initiative war offensichtlich das Quersubventionierungsverbot: Jedes Unternehmen – so beispielsweise Hannes Germann – «habe rentable Bereiche, mit denen diejenigen, die weniger oder kein Geld abwerfen, unterstützt werden müssten».

Schön wär's! Die SBB schaffen kurzerhand die «Wägeli» in den Zügen ab, angeblich, weil sie nicht rentierten. Die so beliebte Verpflegungsmöglichkeit, die eigentlich zum gepflegten Zugfahren gehört wie WC und Steckdosen, wird zum «Profitcenter» erklärt. Weil sie nicht profitabel ist, wird sie fallen gelassen. Dasselbe geschieht mit einem anderen Betriebszweig:

Die so bequemen, umweltfreundlichen Nachtzüge in die grossen Städte unserer Nachbarländer sind bald Geschichte.

**Dieter Hafner**  
Schaffhausen

### Es geht um mehr als eine Wurst

**Zu «Politisch korrekte Bratwürste», SN vom 4. 6.**

Warum sind die Bratwürste an einem obligatorischen Jugendfest der staatlichen Volksschule mehr als nur ein sekundäres Thema? Weil – wirklich oder angeblich – ein Grundrecht infrage steht, in diesem Falle dasjenige der Religionsfreiheit. Grundlegend zur Beurteilung ist: Es handelt sich nicht um einen privaten Anlass wie einen Vereinsausflug oder eine Klassenzusammenkunft, wo jeder das bestellen kann, was für ihn richtig ist, bzw. die Organisatoren – wenn sie es netterweise tun – ein Menü mit Fleisch, ein vegetarisches und ein veganes

zur Auswahl anbieten. Nein, wir befinden uns im öffentlich-gesetzlichen Bereich. Und nur deshalb äussert sich der Verfasser erneut zum Thema. Mit dem Problem von religiös begründeten Speisevorschriften an einem solchen Schulfest ist der Kern der Weltanschauung(-sfreiheit) nicht berührt, sondern nur ein Randbereich.

Ich kann Redaktor Mark Liebenberg voll zustimmen: Zu fordern ist hier eine Verpflegung, die alle Jugendlichen essen können, Sonderregelungen sind nur dort angezeigt, wo es notwendig ist, das heisst, eine wirkliche Not gewendet werden muss. Das ist hier offenkundig nicht der Fall; also keine Sonderregelungen, in welcher Richtung auch immer; sondern: Wenn es überhaupt an einem solchen Nachmittag eine Zwischenverpflegung geben soll/muss, ist ein möglichst neutrales Angebot angezeigt (Obst, Nüsse, Brot). Wer davon keinen Gebrauch machen will, bringt seine Zwischenverpflegung von zu Hause mit. Und wenn es denn wirklich – wegen des «Plausches» – eine Wurst sein muss, eine Vegi-Wurst.

Es wäre an der Zeit, dass die Erziehungsdirektion beziehungsweise der Erziehungsrat dem grundsatzlosen, unklar-widersprüchlichen Agieren der Verantwortlichen ein Ende setzt und klare Regeln im obgenannten Sinne erlässt.

**Jakob Müller**  
Beringen

### Das Beste aus unserer Luftwaffe

**Zu «Militärjet der Patrouille Suisse stürzt bei Trainingsunfall ab», SN vom 10. 6.**

Die Schweizer Kunstflugstaffel ist zurzeit das einzig Positive an unserer Bürozeit-Schlafkappen-Luftwaffe. Wer die Patrouille Suisse abschaffen will, hat keine Ahnung von Marketing.

**Armin Umiker**  
Schaffhausen

### Betrogen sind die weniger Reichen

**Zu «Tiefe Hypozinsen freuen den Staat», SN vom 2. 6.**

«Für die Immobilienbesitzer spielte der Eigenmietwert lange Zeit eine untergeordnete Rolle, denn im Gegenzug dürfen die Schuldzinsen und der Gebäudeunterhalt vom Einkommen abgezogen werden. Solange sich die Hypothekarzinsen bei 4 bis 5 Prozent bewegten, war der Abzug meist deutlich höher als der Eigenmietwert», heisst es im Artikel. Aber es sind nur die Besitzer von luxuriösem Wohneigentum, deren Abzug höher ist als der Eigenmietwert. Für die Besitzer von einfachem Wohneigentum ist das Gegenteil der Fall: Der Eigenmietwert ist weit höher als die Hypothekarzinsen. Sie sind die Betrogenen. Diesen Missstand gäbe es nicht, wenn der Regierungsrat das Volksbegehren – 70 Prozent sind genug – und den Entscheid des Bundesgerichts – im Einzelfall mindestens 60 Prozent – umgesetzt hätte. Im Kanton Schaffhausen liegen die Eigenmietwerte zwischen 42 und 90 Prozent.

**Robert Rickli**  
Neuhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.



Langzeitbelichtung von Lichtspuren des abendlichen Verkehrs auf der Autostrasse A2 bei der Verzweigung Bissone im Tessin. In der letzten Sessionswoche diskutiert der Nationalrat die Fondsfinanzierung der Strasse.

Bild Key

## Mobilität, wie weiter?

Bahn und Strasse haben beide ihre Berechtigung. Die Fondsfinanzierung der Bahn ist unter Dach und Fach. Nun gilt es, auch für die Strasse eine Finanzierung zu finden.

VON THOMAS HURTER

Der NAF wird daher eine wichtige Funktion in der Zukunft haben. 2014 hat die Schweizer Bevölkerung Fabi zugestimmt. Die anfängliche Vorlage des Bundesrates von 3,5 Milliarden Franken wurde vom Ständerat grosszügig auf 6,4 Milliarden Franken aufgestockt. Damit wurde die Vorlage mehrheitsfähig gemacht, da praktisch jeder Kanton etwas «mehr Bahn» erhalten wird. Dass diese Aufstockung aber weitreichende finanzielle Konsequenzen hat, wurde wenig diskutiert.

Damals war man auch nicht bereit, die beiden Fonds NAF und Fabi gleichzeitig zu diskutieren. Es wurde verpasst, eine gesamtheitliche Betrachtung vorzunehmen, und der gegenseitigen Ausspielerei Tür und Tor geöffnet.

Fabi ist angenommen worden, jetzt geht es um eine Fondsfinanzierung der

Strasse. Wesentliche Elemente dieses Strassenfonds sind die Zweckbindung der Automobilsteuer, die Erhöhung der Mineralölsteuer von 50 auf 60 Prozent (der Rest geht nach wie vor in die allgemeine Bundeskasse), die Autobahnvignette sowie eine neue Steuer auf Elektrofahrzeuge. Mit diesem Geld, inklusive einer zusätzlichen Benzinpreiserhöhung, sollen die Nationalstrassen finanziert sowie Beiträge an den Agglomerationsverkehr geleistet werden. Die am letzten Wochenende abgelehnte «Milchkuh»-Initiative hat zumindest im Vorfeld einigen Druck auf die Beratungen des NAF ausgeübt. Wenn nun aber linke Kreise statt der geplanten Benzinpreiserhöhung von 4 Rappen pro Liter höhere Anträge stellen, riskieren sie, den politischen Kompromiss zu gefährden. Es gilt jetzt, an der gefundenen Lösung festzuhalten und nicht wortbrüchig zu werden. Bei der Beratung von Fabi verkündete man grosszügig, dass man dann auch bei der Finanzierung der Strasse mithelfen werde. Es ist zu hoffen, dass sich die linken Kreise an ihr damals gegebenes Versprechen halten werden.

Bahn und Strasse haben beide ihre Berechtigung. Mit der Errichtung dieses Fonds haben wir eine etwas gerechtere und transparentere Finanzierung erreicht. Nur mit einem massvollen Ausbau, einer möglichst transparenten Mittelverteilung und dem Willen, beide Verkehrsträger möglichst gleichberechtigt zu behandeln, können wir auch in Zukunft unsere Mobilität finanzieren!

Thomas Hurter ist Schaffhauser Nationalrat (SVP).

## Presseschau Zum Terroranschlag in der israelischen Metropole Tel Aviv

Vier Todesopfer eines Terroranschlags in Tel Aviv wären für den Oppositionspolitiker Avigdor Lieberman ein gefundenes Fressen gewesen, um gegen die

Die Israelis bezeichnen zwar palästinensische Anschläge gerne als «sinnlos»; doch die Ermordung der vier Israelis in Tel Aviv war eine genau ge-

Wir brauchen Massnahmen, um die unkontrollierte Einreise von Palästinensern aus dem Westjordanland in israelische Ballungsräume zu verhindern.

Tages-Anzeiger

The INDEPENDENT

THE JERUSALEM POST

Regierung mobil zu machen. Kaum zwei Wochen im Amt als Verteidigungsminister, muss er sich nun selbst auf die schwierige Suche nach einem Ausweg aus der Gewalt begeben. Er wird schon stiller. Lieberman in die Regierung zu berufen, mag sich als der richtige Schritt zu seiner Zähmung erweisen. (Tages-Anzeiger)

plante Attacke. Sie ist offensichtlich der Versuch, den neuen, extrem rechts stehenden Verteidigungsminister Lieberman zu provozieren, damit er die israelische Armee in ein weiteres blutiges Abenteuer gegen die Palästinenser schickt. (The Independent)

Israelis, die Palästinenser illegal beschäftigen, müssen bestraft werden. Und wir brauchen mehr Informationen, auch durch eine bessere Kooperation mit den Sicherheitskräften der Palästinenser. (The Jerusalem Post)